


Was aber dann? Wir werden selbstverständlich suchen, die noch im Gefolge der Freisinnigen und des Zentrums laufenden Arbeiter gegen die Politik dieser Parteien mobil zu machen, und gewisse Erfolge werden wir sicher dabei erzielen. Ob sie aber ausreichen werden, die Parteien zu einer Änderung ihrer Politik zu nötigen, das scheint mir ziemlich zweifelhaft. Das Gros der Zentrumswähler sind Kleinbürger und Bauern, sowie Landarbeiter, an die wir schwer herankommen, und auch bei den Freisinnigen spielen die uns zugänglichen Lohnarbeiter nur einen unbedeutenden Bruchteil ihrer Wählerschaft. Es wäre falsch, die Opposition, die im Freisinnslager gegen die Blockpolitik ankämpft, gering einzuschätzen. Sie scheint zu wachsen, und es wird vielleicht der Moment kommen, wo eine Kooperation aller kampfbereiten Verfechter des allgemeinen Wahlrechts Form annehmen wird. Aber noch ist der Zeitpunkt nicht da. Wohin die Mehrheit der Freisinnigen tendiert, lehrt ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der jetzigen Reichstagsmandate der Freisinnsdreierheit. Zwei Drittel davon verdankt sie dem Block und dem Zentrum, und nur ein Drittel hat sie durch Stichwahlunterstützung von seiten der Sozialdemokratie erlangt. Bei den freisinnigen Volksparteilern, die in diesem Dreibund den Ton angeben, ist das Verhältnis: 20 Mandate vom Block und 7 von der Sozialdemokratie. Wenn auch nicht in jedem einzelnen Fall, so wird doch in der Regel die Erinnerung an die Wahlbundesgenossenschaft auf die Politik zurückwirken. Bleibt das Mittel der Bearbeitung der Parteien und der Regierung durch ausserparlamentarische Aktionen stärkerer Art, als blosse Versammlungen mit den üblichen Reden und Resolutionen. Als solche sind Massenspaziergänge, politische Streiks etc. in Vorschlag gebracht. Dass die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie zu diesen Mitteln der Demonstration zu greifen sich entschliessen sollte, sie auch mit Wucht ins Werk setzen würde, bezweifle ich keinen Augenblick. Gerade darum aber muss betont werden, dass wir bei der jetzigen Konstellation der Parteien bei diesen Demonstrationen keinerlei Rückhalt im preussischen Parlament, sondern alle Parteien gegen uns haben werden. Täuschen wir uns also darüber nicht, dass es bei den Massnahmen, über die wir uns zu entschliessen haben, je nachdem heissen würde: entweder alles aufs Spiel gesetzt oder Hand davon! Halbheiten bleiben wirkungslos.

Das ist die augenblickliche Sachlage. Mit Rücksicht auf sie wird der am 21. November zusammentretende Preussentag seine Entscheidungen zu treffen haben. Es ist eine schwere Aufgabe, die ihm damit gestellt ist. Aber er wird sie getreu dem Geist der alten Parteipolitik zu lösen wissen: furchtlos, doch zu keiner Zeit kopflos.

XX

MAX SCHIPPEL · DIE INNERE POLITIK PREUSSENS

 S gab einst, in den sechziger und siebziger Jahren, eine Zeit, in der Preussen den Liberalismus, die vorwärtstreibende Strömung jener Tage brauchte, um in Gesamtdeutschland auf *moralische Eroberungen* auszugehen. Wenn der Frankfurter Abgeordnetentag »die Bildung einer durch die Nation frei und unmittelbar erwählten Repräsentation als die unerlässliche Vorbedingung« jeder Bundeseinheit erklärte, so hatte Bismarck gleichfalls, fast gleichzeitig und wörtlich fast gleichlautend, zum Entsetzen des ostelbischen Junkertums, an den Freiherrn von Werther geschrieben:

»Ich erkenne nur in einer aus direkten Wahlen hervorgehenden Vertretung des deutschen Volkes, mit Befugnis zu beschliessender Mitwirkung, die Grundlage von Bundesinstitutionen, zu deren Gunsten die preussische Regierung ihrer Selbständigkeit in irgendwelchem erheblichen Umfange entsagen könnte.«

Es war auch keine plötzliche Sinneswandlung, sondern eine allmählich ausgereifte, seit langem festgewurzelte Anschauung, die hier zum Ausdruck kam. Schon in der Frankfurter Bundestagszeit kam Bismarck zu der Überzeugung, die Volksvertretung müsse für Preussen »das mächtigste Hilfsmittel der auswärtigen Politik«, auch der Landtag müsse »für Preussen« eine Macht in Deutschland werden:

»Wenn wir dreist und konsequent wären, könnten wir viel durchsetzen. Die . . . Idee, die preussischen Kammern . . . zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf dem selben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hilfsmittel unserer auswärtigen Politik werden . . . Kammern und Presse müssten die deutsche Zollpolitik breit und rückhaltlos aus dem preussischen Standpunkte diskutieren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden und unser Landtag für Preussen eine Macht in Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein und den Bund, nebst Preussens Stellung zu beiden, in unseren Kammern dem Seziermesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vorteil haben.«

Viel weniger durch neue reaktionäre Rückfälle Bismarcks, als durch die Verständnislosigkeit der bürgerlichen Linken Preussens für die Militärfrage schienen diese moralischen Eroberungen ein paar Jahre lang gefährdet. Aber selbst nach der Rückkehr von den böhmischen Schlachtfeldern scheiterten die Bemühungen der *Kreuzzeitungspartei*, den Konflikt zwischen Liberalismus und Regierung zum Dauerzustand zu erheben. Die Indemnitätsvorlage stellte die zerstörten Brücken wieder her.

Die preussische Regierung hatte dieses ihr ruhiges, umsichtiges Verhalten wahrlich nicht zu beklagen. Die Abgeordneten aus den neuerworbenen Provinzen schlossen sich mit wenigen Ausnahmen der liberalen Seite an, fanden hierdurch ohne allzu grosse Schwierigkeiten ihre erste Eingliederung in das preussische Staatsgefüge, während sie dem junkerlichen Altkonservativismus Ostelbiens nur fremd und feindlich hätten gegenüberstehen können. Südwärts des Mains hatten die *Kreuzzeitungsbestrebungen* vollends niemals Boden zu fassen vermocht; nur als Bringer längst fälliger liberaler Reformen durfte Preussen hoffen, alle nicht geradezu einheitsfeindlichen Elemente der Mittel- und Südstaaten um seine Vorherrschaft zu scharen.

Besonders auf wirtschaftlichem Gebiete erwies sich Preussen damals zweifellos als Deutschlands fortschrittlichste Kraft. Der Gewerbefreiheit, wie sie alsdann in der Reichsgewerbeordnung ihren gesetzgeberischen Niederschlag fand, hatte Preussen am meisten vorgearbeitet; was für Länder, wie Mecklenburg, eine kleine Revolution darstellte, setzte für Preussen höchstens noch ein Tipfelchen auf das *i*. Das Freizügigkeitsgesetz war im wesentlichen eine Ausdehnung des preussischen Rechtes auf ganz Deutschland. Der Unterstützungswohnsitz war in Preussen längst verwirklicht, ehe er im Reiche über eingerostete klein- und mittelstaatliche Heimatsrechtsordnungen siegte. Was der *Verein deutscher Volkswirte* als aufgeklärte deutsche Handelspolitik predigte, war gleichzeitig und schon vorher preussische Handelspolitik im Zollverein und gegen Österreich. Das allgemeine Wahlrecht für das Reich zu empfehlen, wagten selbst Liberale kaum. Aber was Lassalle als unterscheidende Arbeiterforderung auf-

stellte und verfocht, gebrauchte Bismarck als »die damals stärkste der freiheitlichen Künste . . . im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Kampfe gegen eine Übermacht des Auslandes im äussersten Notfall auch zu revolutionären Mitteln greifen zu können«.

Die Neuheit und Grösse der Reichsprobleme liess nach den Ereignissen von 1866 und 1870 zunächst den innerpreussischen Entwicklungsgang und den Landtag wieder mehr zurücktreten. Auch die preussischen Staatsleiter, vor allem Bismarck und Delbrück, fanden ihren hervorragendsten, zuweilen ihren ausschliesslichen Wirkungskreis im Reiche. Dann brachte der konservativ-kerikale Umschwung am Ende der siebziger Jahre zugleich einen vollständig veränderten Regierungs- und Parlamentskurs in Preussen. An Stelle Falks war Puttkamer getreten, der von Anfang an den Einfluss der Geistlichen auf die Schule wieder zu stärken wünschte; die Revision der Maigesetze begann, um im Reiche das Zentrum für Zoll- und Steuerbewilligungen gefügiger zu machen. Der Liberalismus in alter Stärke war ausgeschaltet; bei den Oktoberwahlen von 1879 hatten die Nationalliberalen von 168 Sitzen 63, die Fortschrittler von 63 gar 29 eingebüsst, die Wilden waren von 21 auf 14 zurückgegangen; andererseits hatten die Konservativen 73 Mandate gewonnen, die Freikonservativen 15, das Zentrum war von 89 auf 96 Mitglieder gestiegen; an Stelle Bennigsens übernahm Herr von Köller das Präsidium im Abgeordnetenhaus. Dennoch erhob sich der Landtag noch nicht, wie später und heute, zu einem hemmenden Gegengewicht gegen das Reichsparlament; die Mehrheit der Dreiklassenkammer wurde noch nicht systematisch in wichtigen Fragen gegen die Mehrheit des allgemeinen Wahlrechts ausgespielt. Man hatte dies zunächst auch gar nicht nötig, aus dem einfachen Grunde, weil die Sozialdemokratie im Reichstage, selbst nach den Erfolgen von 1884, viel zu schwach blieb, um die politische Physiognomie des Reichsparlamentes dauernd mitzubestimmen. Das Schlagwort von dem unerträglichen Parlamentsblock Grillenberger-Richter-Windthorst tauchte zwar gelegentlich schon auf; aber es traf höchstens für ein paar Fragen, wie Septennat und Sozialistengesetz, halbwegs zu, und auch hier, wie man weiss, nur unter ganz vorübergehenden parteitaktischen Voraussetzungen für Zentrum und Fortschritt.

Tiefgehende Unstimmigkeiten zwischen Reichs- und Landesparlament traten dagegen sofort in der neuen Ära, nach Bismarcks Rücktritt, zu tage. In gewissem Sinne darf man sagen, dass die unaufhörlichen Quertreibereien im Abgeordneten- und Herrenhaus dem Kurs Caprivi-Berlepsch ein vorzeitiges Ende bereiteten, und leider muss man hinzufügen, dass ein ehemaliger Liberaler zuletzt viel zur reaktionären Mobilmachung des Landtages beitrug: Herr von Miquel, der sich mehr und mehr zu einem Hasser des allgemeinen Wahlrechtes und der *Konventswirtschaft* im Reichstag entwickelte.

Wir wissen jetzt aus Bennigsens hinterlassenem Briefwechsel, dass Wilhelm II. Anfang der neunziger Jahre, ähnlich wie heute, in einem stärkeren liberalen Einschlag nicht nur kein Unglück und keine Gefahr, sondern einen Vorteil für den ganzen preussischen Verwaltungs- und Gesetzgebungsorganismus sah. Wir wissen aber längst, mit welcher zähen Entschiedenheit das Dreiklassenparlament die alten Bismarckschen Überlieferungen hochhielt, der Handelsvertragspolitik des Reiches Steine in den Weg warf, der Fortbildung des Arbeiterschutzes, beispielsweise für die Bergleute, nach Kräften Schwierigkeiten bereitete. Die

Sturmläufe gegen die schwächliche Bäckereiverordnung, gegen die Kommission für Arbeiterstatistik setzten mit Vorliebe im Abgeordnetenhaus ein. Man verlangte partikularistische Sondergesetze gegen die Landarbeiter, um einer weniger angenehmen Reichsregelung vorzubeugen. Im Herrenhaus rief man offen zum Angriff gegen das Reichstagswahlrecht auf, und noch später verlangte man von dem Ministerium Hohenlohe, dass es sich über festgelegte Reichstagsbeschlüsse, wie die gegen die weitere Steigerung der Massenverbrauchsauflagen für Flottenzwecke, treulos hinwegsetze. Je weniger man die Stimmung grösserer Wählermassen zu berücksichtigen brauchte, desto mehr konnte ein ganz beschränkter Interessentenkreis skrupellos darauf ausgehen, die preussische Regierung unter ihr Joch zu beugen und dadurch im Bundesrat und Reiche selber Minen gegen die Reichstagsmehrheit und im Notfalle gegen unbequeme Einzelstaatsregierungen zu legen.

Aber was ist unter diesem System aus den *moralischen Eroberungen* Preussens geworden? Die einzige gesetzgeberische Schöpfung des letzten und vorletzten Jahrzehntes, die einigermaßen Nachfolge im übrigen Deutschland gefunden hat, war die Miquelsche Einkommensteuerreform. Aber selbst sie wurde in Preussen erkaufte mit Riesenliebesgaben an den Grundbesitz und die Standesherren. Schon der zweite liberalere Anlauf, die Herrfurthsche Landgemeindeordnung, trug ihrem Urheber die gehässigste Feindschaft aller ostelbischen Feudalen ein, obwohl das Werk unter den Händen der Fronde eine klägliche Halbheit blieb. Zwar dehnte es das ländliche Wahlrecht zum erstenmal auf diejenigen aus, die nicht mit Grundbesitz angesessen sind, während vorher überall im Osten, selbst in den Vororten Berlins mit bereits ganz oder doch stark städtischem Charakter, der Grundbesitz Vorbedingung des Wahlrechts geblieben war. Aber durch Zensus und Wahlrechtsgestaltung schloss man sofort wieder die eigentliche Arbeiterklasse nach Möglichkeit von den Gemeindeberatungen aus. Als die Regierung tieferegreifende Vollmachten verlangte, Gutsbezirke mit Gemeinden zu verschmelzen oder doch für einzelne Verwaltungszwecke zu verbinden, bestanden die Ostelbier darauf, durch ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht des Kreis Ausschusses, des Bezirksrates, des Provinzialrates so viele grossgrundbesitzerliche Schutzmauern der alten Vorrechte aufzutürmen, dass keine vorwärtsdrängende Regierungsströmung in Zukunft mehr ernsthaft gefährlich werden konnte. So endete diese zweite *neue Ara* Preussens rasch mit einem vollständigen Fiasko; Herr Herrfurth verliess in Eile die ungestaltete Stätte seines Wirkens, Herr von Miquel akklimatisierte sich vollständig und war zuletzt eine Art stiller Führer der konservativen Frondeure, die das Feld der inneren Politik wieder beherrschten.

Seitdem träumt niemand mehr von einem *Preussen in Deutschland voran!* — es sei denn, er wage die preussische *Volksvertretung*, die immer mehr zu einer Vertretung kleiner Interessentenschichten zusammengeschrumpft und ausgeartet ist, auf eine viel breitere Wählergrundlage zu stellen. Wenn heute eine ganze Reihe Einzelstaaten, vor allem im Süden, an Verständnis für Arbeiterfragen, für die tiefstgehende Klassenbewegung der modernen Gesellschaft, an sozialpolitischen Einrichtungen und Gesetzen Preussen weit überflügelt und weit in den Schatten gestellt haben, wenn sich der Blick der Massen und der Weiterschauenden mehr und mehr diesen voranschreitenden Gemeinwesen zuwendet, wenn Preussen ebensoviel an dereinst mühsam erworbener Achtung ver-

liert, wie anderen deutschen Staaten — oft sogar in recht übertriebener Weise — die allgemeinen Sympathien zufliessen, dann ist daran in erster Linie die Tatsache schuld, dass die preussische Verwaltung und Gesetzgebung alle Brücken verfallen liess, die mit den aufstrebenden Bevölkerungsschichten die Verbindung aufrechterhalten könnten. Preussen als deutsche Vormacht, als ehemaliger Träger moralischer Eroberungen, bezahlt schliesslich mit seiner eigenen politischen Degradierung und moralischen Zurückdrängung, was es den arbeitenden Massen in der Gegenwart verweigert und auf die Dauer trotzdem gar nicht verweigern kann. Sollten die fortschrittlicheren Elemente in den Mittel- und Kleinstaaten einmal so viel Einfluss gewinnen, dass ihre Bundesratsvertretungen gleichfalls stärker davon beeinflusst würden, so stände Preussen entweder vor unausgesetzten Konflikten mit verbündeten Regierungen oder schliesslich doch vor dem unausbleiblichen Konflikt mit einer verrotteten Landrats- und Bourgeoiskammer.

Es gilt, jenes unheilvolle Element des preussischen Staates in seine Schranken zurückzuweisen, welches den Partikularismus in Preussen selber nährt und die Herzen der übrigen Deutschen diesem Staate entfremdet . . . Auch die Verständigen werden verstimmt, wenn sie immer und immer keine Antwort finden auf die Frage, wer denn in Berlin regiert, das Ministerium oder das Junkertum . . . Das freudige Vertrauen . . . ist tief erschüttert, denn Preussen krankt an Missständen, welche das südliche Deutschland längst überwunden hat.

So schrieb 1861 Heinrich von Treitschke. Bald darauf hob sich Preussen, indem es die drängendsten Tagesforderungen entschlossen und wagemutig ihrer Erfüllung entgegenführte, hoch über alle rivalisierenden Bundesstaaten empor. Heute sind Österreich und die Einzelstaaten die Länder der Wahlreform geworden, und mit den Begriffen *Preussen* und *preussische Politik* verknüpft sich abermals das Gefühl der Abneigung und Missachtung gegen alles, was künstlichen Stillstand und absichtliche Erstarrung bedeutet.

An diesem stärksten Bollwerk des Rückschritts nicht mehr achtlos vorüberzugehen, Bresche in seine Mauern zu legen, ist mehr und mehr zum dringendsten Erfordernis der Arbeiterpolitik geworden. Nicht nur Preussens, sondern ganz Deutschlands wegen. Aus zahlreichen Kundgebungen der letzten Monate und Wochen wissen wir auch, dass in der Tat die Arbeiter aller Einzelstaaten den beginnenden Kampf um das preussische Wahlrecht als einen gemeinsamen ansehen. Mit jeder Unschlüssigkeit ist es nunmehr vorbei. Haben wir bisher — nach der Meinung vieler allzulange — gezögert und gewartet, so gilt es jetzt, um so rascher und entschlossener zu handeln. Wenn wir innerhalb der preussischen Staatsgrenzen die Rückschrittsgelüste zähmen, so haben wir zugleich für ganz Deutschland einer ruhig fortschreitenden Politik die Bahn gebrochen.

XX

WOLFGANG HEINE · WIE BEKÄMPFEN WIR DEN MILITARISMUS?



Die Debatten des internationalen Kongresses und des Parteitages über die Militärfrage haben eine Anzahl wertvoller grundsätzlicher Gedanken ergeben. Eine solche prinzipielle Erörterung war ganz gut, nicht nur mit Rücksicht auf die Gegner, sondern auch der Partei selber wegen, die das Bestreben haben muss, in einer so wichtigen Frage theoretisch und praktisch zur Klarheit zu kommen.